

SEPTEMBER 2021

infodienst

der Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Kirche von Westfalen



KLIMAGERECHTIGKEIT JETZT!

SCHLUSS MIT KOHLE, ÖL, GAS
Kirchen für die Energiewende

CHRISTIANS FOR FUTURE
12-Punkte-Programm

GEHT DOCH!
Der Klimapilgerweg 2021

KLIMAGERECHTIGKEIT

Internationaler Einsatz für mehr Gerechtigkeit in der Klimakrise Verursacher müssen Verantwortung übernehmen	4
Schluss mit Kohle, Öl und Gas Für die weltweite Energiewende sind auch Kirchen gefragt	6
Bis hierher und nicht weiter! Globaler Widerstand gegen geplante Öl- und Gasbohrungen	8
Klimagerechtigkeit und Schulden Wenn Klimakatastrophen verschuldete Staaten treffen	10
Saubere Energie auf Raten Oikocredit investiert in netzunabhängige Energieversorgung	11
Ist der Geldbeutel halb voll oder halb leer? Zum Beitrag von (De-)investitionen zur Klimagerechtigkeit	12
Klima schützen und Industriestandort stärken KlimaDiskurs.NRW für gemeinsames Handeln	13

ENGAGEMENT

Kirchen weltweit für Klimagerechtigkeit – es ist fünf vor zwölf! Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit stellt sich vor	14
Klimaschutz in der Evangelischen Kirche von Westfalen Gemeinsamer Kraftakt auf allen Ebenen	15
Paradigmenwechsel Klimaschutzurteil verpflichtet auch das Bistum Münster	16
Christians for Future überreichen 12-Punkte-Programm Gespräche mit Kirchenleitungen sind geplant	17
Aufbruch für eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft Bundestagswahl entscheidet über eine sozial-ökologische Wende	18

KLIMAPILGERWEG 2021

Geht doch! Klimapilgerweg auf dem Weg zur Weltklimakonferenz 2021	19
Vorreiter und Mittler in der Agrar- und Ernährungswende Umstieg auf eine lokal und global nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung	20
Inlandsflüge nur für Insekten Einführung in eine notwendige Mobilitätswende	22

TIPPS & TRENDS

Klimaschutz fördern mit der Klima-Kollekte	23
Jugendprojekt „Exit Fast Fashion“ sucht nach Auswegen	24
Klimawandel, Kleidung und Konsum	25
Weltkarte Klimagerechtigkeit für Konfis und Jugendliche	26
Youth Climate Action Day	27
Bildungsangebote	28
Fair-Trade in Zeiten des Klimawandels	29
Die Orangen-Aktion startet wieder ab November	30
Aktionen und Tagung, der Dezember wird bunt	31

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem uns die Corona-Pandemie nun schon so lange in Atem hält, war die Sehnsucht nach einem sorglosen Sommer sicher bei vielen groß. Doch der Sommer war und ist nicht sorglos. Er zeigt uns in aller Härte, was die Klimakrise bedeutet und lässt uns erahnen, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch kommen wird. Die vielen Toten und zerstörten Existenzen im Ahrtal und anderen Regionen Deutschlands, die verheerenden Brände in Griechenland, Italien oder Spanien. All dies zeigt: Die Klimakrise ist da – auch bei uns, mit existenziellen Auswirkungen.

Dass Klimawandel und Klimaschutz zentrale Gerechtigkeitsfragen sind und unmittelbar mit Fragen der Armutsbekämpfung weltweit zusammenhängen, zeigen die zahlreichen Berichte dieses Infodienstes eindrücklich. Es braucht dringend eine „ökologische Umkehr“, von der auch Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato si“ spricht.

Doch trotz der Flutkatastrophe in Deutschland und angesichts der Warnungen des Weltklimarates sind viele Verantwortliche in Politik und Wirtschaft, beispielsweise in der Automobilindustrie, immer noch nicht bereit, konsequent in Richtung Klimaschutz umzusteuern. Zu Recht wird dies mit wachsendem öffentlichem Druck durch Bewegungen wie Fridays for Future angeprangert: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ - dieses Zitat von Molière prangt auf ihrer Website. Es kommt darauf an, jetzt für das Klima zu handeln - in Politik und Wirtschaft, in der Gesellschaft, in den Kirchen, zuhause. Alle sind gefordert und das in aller Konsequenz. Möglichkeiten dafür gibt es viele, wie auch das vielfältige Engagement in der Fläche des Bistums Münster und der westfälischen Landeskirche zeigt.

Eine entscheidende Möglichkeit, auf die Entwicklungen Einfluss zu nehmen, ist unter anderem die Bundestagswahl im September, denn klar ist: die neue Bundesregierung muss schnell massive und vor allem nachhaltige Weichenstellungen in Richtung Klimaschutz vornehmen.

Damit dies gelingt, braucht es öffentlichkeitswirksame Zeichen und Unterstützung für Klimagerechtigkeit. Dafür sind derzeit evangelische und katholische Klima-Pilgerinnen und -Pilger auf dem Weg – von Polen nach Schottland. Über viele tausend Kilometer tragen sie ihre Forderungen für Klimagerechtigkeit zur UN-Klimakonferenz, die im November in Glasgow stattfindet. Und: sie laufen die weite Strecke von Polen nach Schottland nicht allein. Sie wissen, dass sie überall auf dem Weg auf engagierte Menschen treffen, die ihre Hoffnung auf eine gerechtere Welt teilen. Menschen, die sich solidarisch zeigen, Herberge geben oder gemeinsam mit ihnen ein Stück des Weges pilgern.

All dieses Engagement zeigt, dass es anders geht und sich Dinge bewegen, wenn wir sie gemeinsam angehen. In diesem Sinne hoffen wir, dass dieser Infodienst motiviert, trotz allem und in allem mit anzupacken und den je eigenen Beitrag für mehr Klimagerechtigkeit zu leisten.

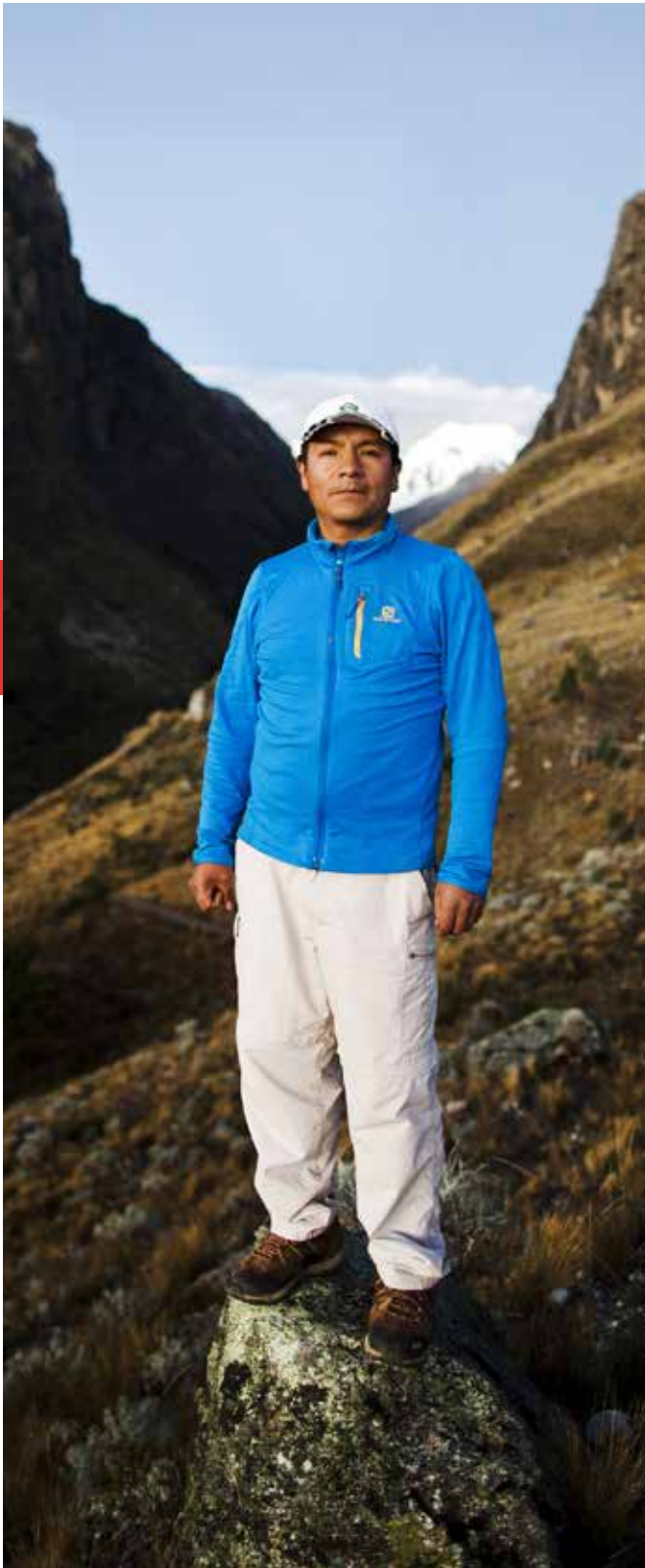
Eine anregende Lektüre wünschen,

Katja Breyer und Judith Wüllhorst



Internationaler Einsatz für mehr Gerechtigkeit in der Klimakrise

Verursacher müssen Verantwortung übernehmen



Die Klimakrise ist deswegen so ungerecht, da die von ihr mit Abstand am stärksten Betroffenen am wenigsten dazu beigetragen haben. Auch gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen der wachsenden Zahl von Betroffenen, ihren Bedürfnissen und Rechten einerseits und unzureichenden staatlichen Reaktionen andererseits. Zu den Betroffenen gehören nicht nur ärmere Menschen aus Ländern des globalen Südens sondern auch junge und zukünftige Generationen, die die Klimafolgen als Resultat vergangener Treibhausgasemissionen und heute versäumtem Klimaschutz hautnah erleben werden. Gerecht wäre für sie eine zeitgemäße Neudefinition des Freiheitsbegriffs mit Bezug auf die Klimakrise: Aus der Verpflichtung, die Freiheitschancen der jungen Generation auch für die Zukunft zu schützen, ergibt sich eine Verbindlichkeit, in der Gegenwart deutlich mehr Klimaschutz umzusetzen.

Bislang unbefriedigende Antworten der internationalen Klimapolitik

Die Klimarahmenkonvention der UNO, unter der 2015 das Pariser Klimaabkommen verabschiedet wurde, kann mit ihren Gerechtigkeitsprinzipien wie dem Vorsorgeprinzip, dem Verursacherprinzip und dem Prinzip der gemeinsamen, aber geteilten Verantwortung nicht umfassend für Gerechtigkeit sorgen. Die Prinzipien beziehen sich lediglich auf die zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Auch hat die UNO beispielsweise keine Legitimation, Verteilungsfragen zu regeln, da viele – sehr relevante Staaten – dies als Eingriff in ihre Souveränität empfinden. Die UNO hat aber über die Menschenrechte, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und das Pariser Klimaabkommen immerhin wichtige Grundlagen geschaffen, die eine klare Erwartung an das Handeln von Staaten zum Ausdruck bringen. Doch die Kluft zwischen Arm und Reich wächst in den allermeisten Staaten seit den 1970er Jahren und noch massiver seit den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts. Diese toxische Situation führt zu massiver Polarisierung in vielen Staaten, begünstigt rechtspopulistische Tendenzen und verhindert kooperative Lösungen vor Ort. Demokratien versuchen in der Regel Verfahrensgerechtigkeit dadurch herzustellen, dass diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, sich an diesen Entscheidungen beteiligen können. Aber: Die meisten Menschen, die in

Ländern des globalen Südens leben, können in keiner Weise auf die Entscheidungen der Industrie- und Schwellenländer Einfluss nehmen, die durch Emissionen ihre Zukunft gefährden.

Just Transition

Besser gelingt dies im nationalen Klimaschutz. In Gremien wie der Kohlekommission werden in einigen Ländern derzeit sozial gerechte Klimaschutzpläne verhandelt. So etwa beim Kohleausstieg, wo Kohlekraftwerke geschlossen und Regionen nachhaltig weiterentwickelt werden müssen. Bei der sogenannten Just Transition im Klimaschutz geht es national wie international darum, die massive Kluft zwischen Arm und Reich deutlich zu verkleinern, also um Verteilungsgerechtigkeit. Umwelt-, Klima- und Energiegerechtigkeit sind Teilaspekte dieser Fragestellung. Hilfreich dabei ist natürlich, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz heute meist kostengünstigere Wege sind, Energiegerechtigkeit herzustellen, als fossile oder nukleare Energieträger. Der finanzielle Anreiz besteht also. Aber es geht auch darum, die Betroffenen angemessen an Entscheidungen und Planungsprozessen mit anderen Entscheidenden zu beteiligen (Verfahrensgerechtigkeit): Lokale und nationale politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter, Arbeitende und ihre Gewerkschaften, aber auch Erwerbstätige und Anwohnerinnen und Anwohner der Region sollten bei Entscheidungsprozessen gleichberechtigt mitreden können.

Vereinzelt – aber immer häufiger – gelingt es Privatpersonen, sich mit enormer Wirksamkeit für globale Klimagerechtigkeit einzusetzen. Die schwedische Teenagerin Greta Thunberg hat mit ihrem wöchentlichen Protest für mehr Klimaschutz eine ganze Bewegung angestoßen. Aus den Fridays for Future sind zahlreiche Personen hervorgekommen, die sich überall auf der Welt für verschiedene Aspekte der Klimagerechtigkeit einsetzen.

Einen anderen Weg hat Saúl Luciano Lliuya gewählt. Der peruanische Andenbauer und Bergführer klagt gegen RWE, einen der größten CO₂-Emittenten Europas. Durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze ist ein Gletschersee in den peruanischen Anden ober-

halb Saúls Heimatstadt Huaraz so weit angewachsen, dass er droht, seinen Damm zu überschwemmen oder diesen gar zu brechen. Saúl und ein Großteil des Ortes wären dann von einer verheerenden Flutkatastrophe betroffen. Saúl fordert, dass RWE, entsprechend seinem Anteil am globalen Treibhausgasausstoß, rund 0,5 Prozent der am Gletschersee notwendigen Schutzmaßnahmen bezahlt. Zur 2015 eingereichten Klage entschied das Oberlandesgericht Hamm in 2017 den Eintritt in die Beweisaufnahme und schrieb damit ein Stück Rechtsgeschichte. Noch läuft diese Beweisaufnahme, aber Saúl ist auch damit seinem Ziel schon ein bedeutendes Stück näher gerückt: neue juristische Möglichkeiten für Betroffene schaffen, Verursacher wie RWE in die Verantwortung zu nehmen – als Hebel für politische Lösungen für den Schutz der von der Klimakrise besonders betroffenen Menschen.

Christoph Bals
Rixa Schwarz
Germanwatch

5

www.germanwatch.org
[www.germanwatch.org/de/thema/klima/
internationale-klimapolitik](http://www.germanwatch.org/de/thema/klima/internationale-klimapolitik)
www.germanwatch.org/de/der-fall-huaraz

Schluss mit Kohle, Öl und Gas

Für die weltweite Energiewende sind auch Kirchen gefragt



Im Juli diesen Jahres veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorschläge, wie Europa bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden soll. Angesichts der Wetterextreme, die nicht nur in Deutschland in diesem Jahr spürbar werden, ist klar: Es ist höchste Zeit! In Europa ist den meisten Menschen klar: Strom und Heizung müssen so schnell wie möglich ohne Kohle und Gas erzeugt werden. Unsere Mobilität muss so bald wie möglich ohne Öl funktionieren. Wir müssen insgesamt weniger Energie verbrauchen – vor allem die Menschen mit einem energieintensiven Lebensstil.

Diese Transformation ist eine globale Aufgabe. Weltweit leben 759 Millionen Menschen ohne Zugang zu Strom. 2,6 Milliarden Menschen sind zum Kochen auf Holz, Holzkohle oder Dung angewiesen. Die meisten leben in Afrika, südlich der Sahara. In der Demokratischen Republik Kongo hat beispielsweise nur ein Prozent der ländlichen Bevölkerung einen Stromanschluss.

Kein Zugang zu Strom, das bedeutet: Wenn die Sonne untergegangen ist, gibt es Licht

nur von Kerzen, Öl- oder Solarlampen. Krankenstationen haben abends und nachts geschlossen und können keine Medikamente kühl halten. Straßenbeleuchtung gibt es nicht. Maschinen für Handwerks- oder Produktionsbetriebe sind auf Dieselgeneratoren angewiesen. Diese Generatoren und der Treibstoff sind meist sehr teuer. Es bedeutet auch, dass das Stromnetz nicht verlässlich ist und Stromausfälle manchmal tagelang dauern.

Steigende Nachfrage nach Strom kann in Afrika durch erneuerbare Energie gedeckt werden.

Die Nachfrage nach Strom in Subsahara-Afrika wird sich nach Schätzungen der internationalen Agentur für erneuerbare Energien IRENA bis 2030 verdreifachen. Um diese Nachfrage abzudecken muss auf dem afrikanischen Kontinent bis 2040 (im Vergleich zu heute) doppelt so viel Strom erzeugt werden. Dafür müssen 70 Milliarden US-Dollar pro Jahr investiert werden. Eine aktuelle IRENA-Studie (The Renewable Energy Transition in Africa, www.irena.org) weist darauf hin, dass das Potenzial, erneuerbaren Strom zu erzeugen, tausendmal größer ist als die berechnete Nachfrage bis 2040. Es gibt also keinen Grund, neue Kohle- oder Gaskraftwerke zu bauen.

Zivilgesellschaft sorgt an vielen Orten für Strom

Besonders im Bereich der dezentralen erneuerbaren Energie spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. An vielen Orten setzen Nichtregierungsorganisationen Energieprojekte um, wo wirklich Energiearmut herrscht und „marktfähige“ Lösungen fehlen. Sie entwickeln Anlagen, die auf die Bedarfe der Nutzerinnen und Nutzer zugeschnitten sind, die vor Ort installiert und gewartet werden können. Sie gründen Genossenschaften, die Kleinstwasserkraftanlagen

oder Mini-Netze betreiben und engagieren sich politisch für bessere Rahmenbedingungen für erneuerbare Energie. Die Förderung durch kirchliche Entwicklungsorganisationen ist für diese Projekte sehr wichtig.

So unterstützt MISEREOR Krankenhäuser in der Demokratischen Republik Kongo mit Solaranlagen. Sie bringen nicht nur Licht und Ultraschall. Auch die Kühlung für Impfstoffe und Medikamente funktioniert jetzt zuverlässig. Es ist möglich, Blutkonserven zu lagern oder ein Elektromikroskop zu nutzen. Ärzte und Schwestern, die bereits mit Solarenergie arbeiten, führen nächtliche Notoperationen durch, stellen Diagnosen in hauseigenen Labors und verfügen über eine gekühlte Blutbank. Geld für Diesel wird gespart und in medizinische Ausstattung investiert. Im Rahmen des Projekts fördert MISEREOR auch die Ausbildung von Jugendlichen zu Solartechnikern und Elektrikern. Damit ist der Betrieb der Solaranlagen gesichert. Und: Junge Menschen bekommen die Perspektive, ihren Lebensunterhalt in einem zukunftsträchtigen Beruf zu verdienen.

Deutschland und Europa müssen voran gehen – und die Kirchen geben Rückenwind

So wie vor Jahrzehnten die Förderung von Wind- und Solarenergie in Deutschland geholfen hat, die nötige Anlagentechnik weiter zu entwickeln und kostengünstiger zu machen, müssen Deutschland und Europa auch weiter die „Windmaschine“ für die weltweite Energiewende sein. Für unseren fairen Beitrag für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels muss der Kohleausstieg hierzulande noch schneller gehen. Dieser ehrliche Beitrag zu globaler Gerechtigkeit verlangt uns als Gesellschaft einiges ab und hier sind auch Christinnen und Christen gefragt. Es ist großartig zu sehen, wie Initiativen wie „Kirche an der Kante“ darum kämpfen, dass die Dörfer, die im Rheinischen Braunkohlerevier noch vom Tagebau Garzweiler bedroht sind, nicht ab-



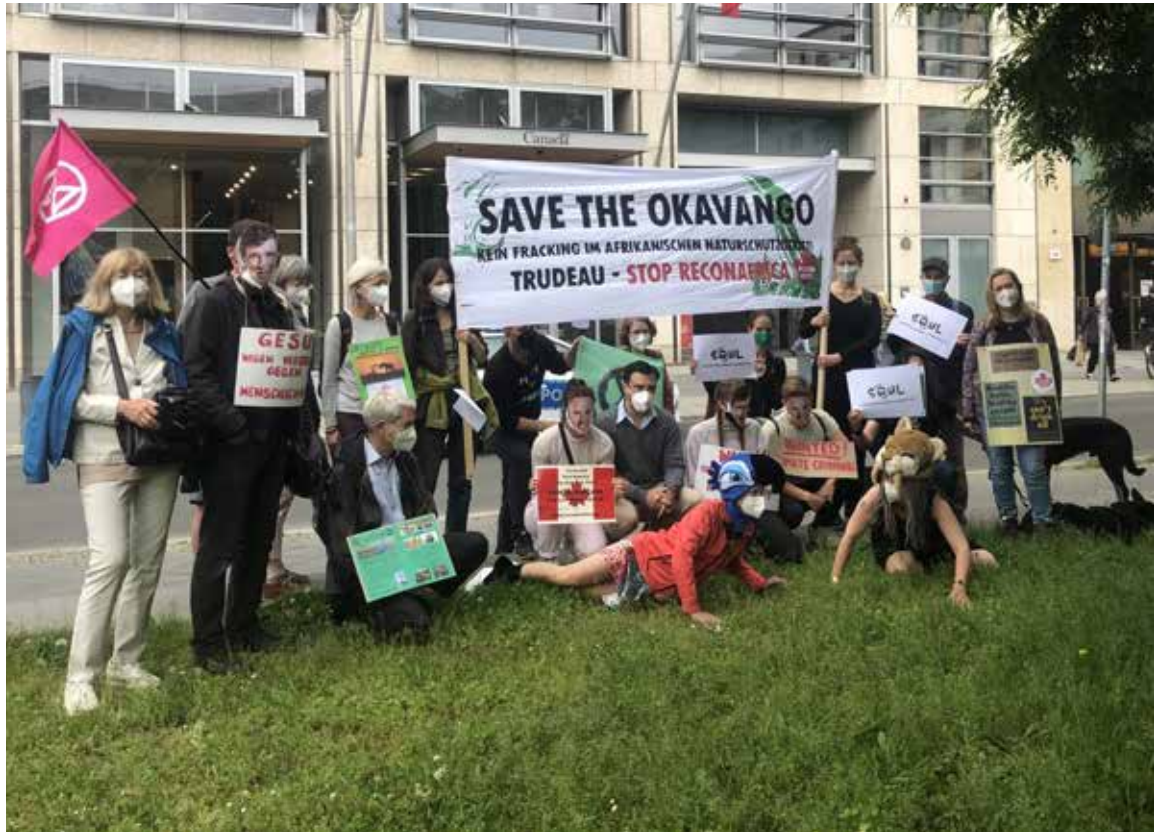
gebaggert werden. Mit dem Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit tragen viele engagierte Menschen die Botschaft von Klimagerechtigkeit von Polen nach Schottland.

Aber gerade Kirchen können noch mehr tun, um Energie zu sparen und erneuerbare Energie auf ihren Gebäuden und Grundstücken zu fördern. Gemeinden, Verbände, Diözesen und Landeskirchen können Raum bieten für Aufklärung und Diskussion, wenn die Energiewende vor Ort konkret wird. Christinnen und Christen müssen auch klar machen: Wir in Europa müssen in Zukunft weniger Ressourcen verbrauchen, damit in Zukunft Menschen auf der ganzen Welt erneuerbare Energien nutzen können. Die Weitergabe von Wissen, Technologien und Finanzierung für erneuerbare Energien im globalen Süden ist Teil unserer internationalen Verpflichtungen.

Kathrin Schroeder
MISEREOR
Referentin für Energiepolitik

Bis hierher und nicht weiter!

Globaler Widerstand gegen geplante Öl- und Gasbohrungen



Es gibt nicht mehr viele Gegenden auf dieser Erde, die von einer profitorientierten Industrialisierung oder Urbanisierung weitgehend unbelastet sind. Das größte grenzüberschreitende Naturschutzgebiet der Welt im südlichen Afrika ist eine solche Gegend. Die Kavango-Zambezi Transförmier Conservation Area (KAZA), zu der auch das einzigartige Weltnaturerbe Okavango-Delta gehört, beherbergt eines der größten und tierreichsten Feuchtgebiete Afrikas und ist Heimat der letzten größeren Elefantenpopulation der Erde – ein über schier endlose Weiten wahrer Garten Eden.

KAZA erstreckt sich über 520.000 Quadratkilometer auf den Staatsgebieten von Angola, Botswana, Namibia, Zambia und Zimbabwe und dient als riesiger Friedenspark für Länder, die eine durch Konflikte geprägte Vergangen-

heit teilen. Hauptsponsor von KAZA ist die deutsche Staatsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Die Öl- und Gasförderpläne von ReconAfrica
Aber just in dieser Gegend passiert das Unglaubliche: Mitten in KAZA und mitten in einer Zeit, die uns alle die dramatischen Auswirkungen der durch die Förderung und den Verbrauch von fossilen Brennstoffen verursachten Erderwärmung schmerzlich erfahren lässt, wird ein Projekt zur Gewinnung von Öl und Gas eingestiftet.

ReconAfrica, ein in Kanada registriertes und auch an der deutschen Börse geführtes Unternehmen, besitzt Lizenzen in Namibia und Botswana, um Öl und Gas im sogenannten Kavango-Becken zu erkunden und zu fördern. Die lizenzierte Fläche beträgt zusammen etwa

35.000 Quadratkilometer. Entgegen anderslautender Statements hat ReconAfrica von Anfang an klargestellt, dass es vor allem darum geht, an die Schiefervorkommen zu kommen. Sie können nur mittels der Fracking-Technik erschlossen werden.

Diese Pläne gefährden ein einzigartiges Ökosystem, UNESCO-Welt-Kulturerbestätten sowie die Lebensgrundlage indigener Völker, die das Erkundungsfeld seit Jahrtausenden ihre Heimat nennen.

Die Firma hat mit den ersten Erkundungsbohrungen in Namibia begonnen und plant, seismische Untersuchungen für zusätzliche Bohrungen durchzuführen. ReconAfrica besitzt bereits das grundsätzliche Recht, im Falle eines Fundes sowohl in Namibia als auch in Botswana in eine Produktionsphase von mindestens 25 Jahren zu treten. Allerdings sind die bisher durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen für die ersten Probebohrungen und die seismischen Untersuchungen bestenfalls mangelhaft. Das Anhörungsrecht indigener Völker sowie der Öffentlichkeit in Namibia wurde im ersten Verfahren de facto komplett missachtet. Der zunehmende Widerstand erkämpfte ein gewisses Minimum an Beteiligung.

UNESCO ist besorgt, die KfW will nicht handeln

Bereits Anfang 2021 sorgte die UNESCO dafür, dass auf botswanischer Seite die Tsodilo-Hügel – eine heilige Stätte der indigenen San Menschen – inklusive einer Puffer-Zone aus der lizenzierten Fläche herausgeschnitten wurden.

Dennoch zeigt sich die UNESCO weiterhin besorgt über die Öl- und Gasförderpläne und deren negative Auswirkungen für das Okavango-Delta. Ende Juli 2021 wurde der Bericht für die 44zigste Session der UNESCO angenommen. Namibia und Botswana werden nun auf-

gefordert, rigorose Umweltschutzprüfungen nach internationalen Standards durchzuführen und dabei sowohl die sozialen Auswirkungen als auch mögliche Auswirkungen auf das Okavango Delta umfassend zu betrachten.

Widerstand: Lokal und international

Der Widerstand gegen das Projekt wächst stetig – sowohl lokal als auch international. Am 4. Juni 2021 fanden Aktionen in Namibia, Kanada und Großbritannien gegen ReconAfrica und deren Pläne statt. Auch in Deutschland kam es zum Protest vor der kanadischen Botschaft in Berlin.

Bereits am 2. Juni 2021 hatte die Deutsche Umwelthilfe dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Petition übergeben, die bislang von über 120.000 Menschen unterzeichnet wurde. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich gegen die Ölbohrungen und für eine grenzüberschreitende strategische Umweltverträglichkeitsprüfung einzusetzen. Bis nicht alle Folgen des Projektes abschließend geklärt sind, dürfen die Bohrungen und seismischen Untersuchungen nicht weiter fortgesetzt werden! Jetzt gilt es, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, damit den Forderungen der Petition sowie der UNESCO auch von deutscher Seite offiziell Nachdruck verliehen wird! Was die Öl- und Gasförderpläne in dieser einzigartigen Gegend betrifft, müssen wir vereint klarstellen: Bis hierher und nicht weiter!

Andy Gheorghiu
Consulting Campaigner & Consultant

Klimagerechtigkeit und Schulden

Wenn Klimakatastrophen verschuldete Staaten treffen

Im Sommer 2021 hat uns die Flut in Deutschland vor Augen geführt, welche dramatischen Auswirkungen Klimakatastrophen für die Bevölkerung vor Ort haben. Menschen verlieren ihr Hab und Gut, ihr Obdach und viele auch ihr Leben. Um die Folgen irgendwie zu bewältigen, braucht es Milliarden an staatlichen Geldern.

Doch was passiert, wenn ein Staat keine Reserven für den Wiederaufbau hat? Wenn er nicht spontan große Summen für die Nothilfe aufbringen kann? Und wenn er im Gegenteil sogar noch in Zeiten der höchsten Not große Summen als Schuldendienst ins Ausland abführen muss?

2017 fegte Hurrikan „Maria“ über die Karibikinsel Dominica hinweg und verwüstete sie vollständig. Auch finanziell war das ein Desaster für den Inselstaat: Die Schäden entsprachen 225 Prozent seiner gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung. Im Mai 2020 richtete der Zyklon „Amphan“ im hochverschuldeten Bangladesch Schäden in Milliardenhöhe an. Im November 2020 zogen die Hurrikane „Eta“ und „Lota“ über Zentralamerika hinweg und verwüsteten dort ganze Landstriche.

Hoch verschuldete Länder geraten durch solche Klimakatastrophen immer tiefer in eine Schuldenfalle: Mit jeder Schuldentrückzahlung an ihre Gläubiger verlieren sie Geld, das dringend für Nothilfe und Wiederaufbau gebraucht wird. Sie müssen auf Hilfszusagen aus dem Ausland warten oder sogar neue Kredite aufnehmen, die ihre Schulden weiter in die Höhe treiben.

Im Fall einer solchen Katastrophe muss verhindert werden, dass weiter Geld aus dem Staatshaushalt abfließt: Ein automatischer Zahlungsstopp der laufenden Schuldentrückzahlung setzt dringend benötigtes Geld zur sofortigen Verwendung für Nothilfe und Wiederaufbau frei. In einem zweiten Schritt muss der betroffene Staat mit seinen Gläubigern verhandeln können, wie die Verschuldung auf ein tragfähiges Maß gesenkt werden kann.

Das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de fordert daher von der deutschen Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass Naturkatastrophen nicht zu Schuldenkrisen in armen Ländern führen. Dieses Ziel muss die Bundesregierung in allen für die Entwicklungs- und die Klimafinanzierungsdebatte relevanten Foren verfolgen.

Das Thema Klimagerechtigkeit wird uns alle noch viele Jahre und Jahrzehnte begleiten. Und politische Lösungen brauchen wir dringender denn je – für uns hier in Deutschland und für alle Menschen weltweit.

Elise Kopper
Deutsches Entschuldungsbündnis
erlassjahr.de
Referentin für Bildungs- und
Öffentlichkeitsarbeit

Informationen und Materialien
[www.erlassjahr.de/kampagne/
klimagerechtigkeit-braucht-entschuldung/](http://www.erlassjahr.de/kampagne/klimagerechtigkeit-braucht-entschuldung/)

Saubere Energie auf Raten

Oikocredit investiert in netzunabhängige Energieversorgung

Abends, wenn es dunkel ist in Mangoase, platziert Samuel Danyo seinen Fernseher so, dass alle im Hof vor seiner Hütte das Programm mitverfolgen können – wie in einem kleinen kommunalen Kino. Danyos Fernseher mit seinen 57 TV-Kanälen ist so populär, dass die Nachbarschaft ihm schon mal Geld für die Abzahlungsraten zusteckt. Das Dorf ist nicht an die Stromversorgung in Ghana angeschlossen. Samuel Danyo war der erste, der eine Haussolaranlage nutzte – als Kunde von PEG Africa, einem ghanaischen Unternehmen, das bezahlbare Photovoltaik-Anlagen für den häuslichen Gebrauch vertreibt.

Das Solarpanel ist auf dem Dach angebracht, die Steuerungs batterie in Danyos Schlafzimmer. An das System angeschlossen sind zwei Glühbirnen, ein Handyladegerät und ein Fernseher. Auch eine Taschenlampe und ein Radio können so betrieben werden. Samuel Danyo gehört zu den wenigen im Ort, die nach Sonnenuntergang Licht haben. Zuvor musste er Kerzen, Batterien für die Taschenlampe und Brennstoffe in der nächstgrößeren Stadt besorgen. Er wünscht sich, dass bald alle Häuser Elektrizität haben. Denn die fossilen Brennstoffe in Kerosin- oder Petroleumlampen sind teuer, gesundheitsschädlich und brandgefährlich.

Eine zuverlässige Energieversorgung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Gleichzeitig macht Energiegewinnung 60 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen aus. Damit der Energiebedarf im globalen Süden verstärkt aus sauberen Quellen ge-

deckt werden kann, investiert die internationale Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit daher seit 2014 in netzunabhängige Energieversorgung, ausgewählte netzgebundene Infrastrukturprojekte sowie saubere und ökologische Kochtechnologie in benachteiligten Regionen. PEG Africa ist eine der Partnerorganisationen, mit denen Oikocredit (seit 2016) zusammenarbeitet. Sie bedient vor allem Menschen in Stadtrandgebieten und auf dem Land, deren Einkommen zwischen einem und sechs US-Dollar pro Tag liegt.

Allein in Ghana leben etwa 20 Prozent der Bevölkerung, also fast sechs Millionen Menschen ohne zentrale Stromversorgung, in Westafrika sind es schätzungsweise 150 Millionen Menschen (www.weltbank.org). PEG möchte mehr dieser Haushalte erreichen. Die Zentrale in der ghanaischen Hauptstadt Accra ist zwölf Stunden täglich besetzt, die Angestellten beherrschen viele lokale Sprachen, technische Probleme werden vor Ort behoben. Auch an Orten, die nicht einmal von den Krankenschwestern erreicht werden – Orte wie Mangoase.

Eine Haussolaranlage kostet bei PEG umgerechnet 120 Euro. So viel Geld haben die meisten Familien nicht. Darum bietet PEG ein besonderes Modell an: Die Haushalte erhalten und nutzen die Haussolaranlage und zahlen sie in wöchentlichen Raten über einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten ab. Die Bezahlung erfolgt in bar oder über eines der in Ghana verbreiteten Handybezahlssysteme. Leticia Teiko Insaidoo, kaufmännische Leiterin



11

bei PEG Africa: „Weniger als zehn Prozent der Kundschaft geben die Anlagen zurück, weil sie sie doch nicht möchten oder die Raten nicht mehr zahlen können.“ Mittlerweile hat PEG fast 50.000 Kundinnen und Kunden in Ghana, der Elfenbeinküste, im Senegal und in Mali mit Solaranlagen versorgt.

Julia Krojer
Oikocredit Westdeutscher
Förderkreis e.V.

Ist der Geldbeutel halb voll oder halb leer?

Zum Beitrag von (De-)investitionen zur Klimagerechtigkeit



„Wir wissen, dass die Technologie, die auf den sehr umweltschädlichen fossilen Brennstoffen – vor allem von Kohle, aber auch von Erdöl und Gas – basiert, fortschreitend und unverzüglich ersetzt werden muss.“ (Papst Franziskus, *Laudato Si*, 165)

Spätestens nach der Flutkatastrophe im Sommer 2021, der zwei Dürresommer vorausgegangen waren, sollte klar geworden sein, dass die Klimakrise auch in Deutschland angekommen ist. Um das Klimaziel von 1,5 Grad des Pariser Abkommens noch zu erreichen sind erhebliche Anstrengungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft notwendig.

Ein wenig bekannter Passus des Pariser Klimaschutzabkommens besagt, dass die Vertragsstaaten sich verpflichten, ihre Finanzflüsse mit den langfristigen Zielen zur Emissionsminderung in Einklang zu bringen. Bislang interpretiert die Mehrheit der Finanzakteure ihren Beitrag als verstärkte Investi-

onen in klimafreundliche Projekte und Technologien. Der Ausstieg aus der Finanzierung der fossilen Energien findet hingegen nur schleppend statt.

Die internationale Divestment-Bewegung startet daher Kampagnen, um Druck auf Finanzakteure aufzubauen die Investitionen in klimaschädliche Energien zu stoppen. Zwar haben einzelne Banken reagiert und schließen fossile Energien inzwischen aus. Im März 2021 schlug eine internationale Koalition von Nichtregierungsorganisationen jedoch Alarm: Anstatt zu sinken, steigen die Investitionen in klimaschädliche Industrien seit Jahren weiter an – und dies auch in besonders klima- und umweltschädlichen und menschenrechtsverletzenden Projekten.

Die Zahlen zeigen, dass Appelle und Kampagnen der Zivilgesellschaft nicht ausreichen, um den Finanzsektor zur Umkehr zu zwingen. Als Teil des Green Deal hat die Europäische Union mit ihrer Sustainable Finance Strategie vor, den Finanzsektor in die Pflicht zu nehmen. Kernstück ist eine „Grüne Taxonomie“, die erstmalig EU-weit definiert, welche wirtschaftlichen Aktivitäten als klimafreundlich oder als Transitionstechnologien einzustufen sind. Damit und mit weiteren Richtlinien soll erreicht werden, dass Billionen Euro von Kapital zu einer „gerechten Transition“ der Wirtschaft mobilisiert werden. Auch die Bundesregierung hat sich eine Sustainable Finance Strategie gegeben, die angesichts des anstehenden Wahlkampfes aber sehr vage ausformuliert wurde.

Die Evangelische Kirche Deutsch-

land hat nicht auf Vorgaben aus der Politik gewartet und bereits 2017 den Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlagen in der Evangelischen Kirche um ein Kapitel zu Klimastrategien ergänzt (EKD Leitfaden 2019). Auch die Orientierungshilfe „Ethisch nachhaltig Investieren“ der Deutschen Bischofskonferenz empfiehlt ihren Finanzverantwortlichen, Klimastrategien einzubeziehen. Wie die Vorgaben der beiden Dokumente in den Gliedkirchen umgesetzt werden, variiert erheblich – ein Bereich, in dem Klimaschutzinteressierte in ihren Gemeinden noch viel bewegen können.

Vor allem für die besonders „schmutzigen“ Bereiche der fossilen Energien – seien es Kohleminen in Kolumbien, ein Torfkraftwerk in Ruanda oder eben Fracking-Projekte in Argentinien: Divestment aus fossilen Energien bedeutet vielerorts auch Deinvestitionen aus Projekten, die Umwelt und Menschen schädigen. Für engagierte Privatleute, aber auch für Kirchen, die ihre Gelder entsprechend ihrer Mission veranlagen möchten, ist ein klimasensitives Investment ein Muss. Doch bis die gesamte Finanzbranche umschwenkt und, wie von der EU gefordert, Treiber einer „Gerechten Transition“ wird, ist es noch ein weiter Weg. Den kann nur die Gesetzgebung vorgeben.

Ulrike Lohr
SÜDWIND Institut
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
„nachhaltige Geldanlagen“

Klima schützen und Industriestandort stärken

KlimaDiskurs.NRW für gemeinsames Handeln

Der Klimaschutz ist eine äußerst dringende – für eine zunehmende Zahl von Menschen sogar die drängendste – Zukunftsfrage unserer Zeit. Klar ist: Damit Klimaschutz gelingt, müssen alle gemeinsam handeln.

Klima schützen und den Wirtschafts- und Industriestandort stärken – mit diesem Leitgedanken verfolgt der KlimaDiskurs.NRW schon seit 2012 als unabhängiger und gemeinnütziger Verein das Ziel, Akteure aus den verschiedenen Branchen von Industrie und Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Verbänden und Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Kommunen und Wissenschaft zusammenzubringen, um vor allem zu strittigen Fragen der Klimaschutzpolitik vertrauensvoll miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Lösungsansätze zu finden.

Die Arbeit baut auf dem Wissen und der Überzeugung auf, dass Energiewende und Klimaschutz nur als Gemeinschaftswerk gelingen können. Der Verein zählt mittlerweile rund 150 stark engagierte Mitglieder aus den genannten Bereichen, darunter national und international operierende Unternehmen, Umweltorganisationen und landesweite Verbände und versteht sich als Lobby für gemeinsames Handeln.

Im Rahmen seiner Aktivitäten, die von vertraulichen Gesprächen bis hin zu großen öffentlichen Veranstaltungen wie dem KLIMA.AKZENT, der KLIMA.WERKSTATT oder dem KLIMA.FORUM reichen, thematisiert der Verein sektorübergreifend relevante Fragen in den zentralen Sektoren Industrie, Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr und Transformation.

Die Arbeit von KlimaDiskurs.NRW wird in den kommenden Jahren mehr denn je gebraucht. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dem neuen Klimaschutzgesetz, dem Green Deal auf europäischer Ebene und mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung geht es beim Klimaschutz endlich etwas voran, andererseits sind damit aber noch nicht die bestehenden und künftigen Konflikte, die mit dem Transformationsprozess verbunden sind, gelöst. Diese sind nicht im Alleingang zu lösen – es braucht dafür eine Plattform, auf der sich die Stakeholder vertrauensvoll austauschen können, gemeinsame Lösungen erarbeiten und sich als Lobby für gemeinsames Handeln verstehen.

Anja Suhrmann
Geschäftsführerin KlimaDiskurs NRW

**KLIMA
DISKURS
NRW**



Kirchen weltweit für Klimagerechtigkeit – es ist fünf vor zwölf!

Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit stellt sich vor



Angesichts der enormen Herausforderungen des Klimawandels brauchen wir eine tiefgreifende ökosoziale Veränderung, die die Lebensgrundlage aller schützt und Zivilgesellschaft, Gemeinwohl und Demokratie stärkt. Die Frage und das Streben nach einer gerechteren Welt sind ein zutiefst christliches Element, das alle Gläubigen verbindet.

Die christliche Perspektive nimmt uns in die Mitverantwortung für die Schöpfung.

Das Ökumenische Netzwerk Klimagerechtigkeit (ÖNK) wurde im April 2018 als Bündnis kirchlicher Institutionen und Organisationen gegründet und setzt sich für eine klimagerechte Zukunft ein. Es hat zum Ziel, das kirchliche Engagement in diesem Bereich in Kirche, Politik und Gesellschaft zu stärken und weiter zu verankern. Ein weiterer Schwerpunkt ist es, eine Brücke zwischen der kirchlichen Eine-Welt-Arbeit und der Umweltarbeit zu schlagen. Denn häufig werden im kirchlichen Kontext Gerechtigkeits- und Umweltfragen separat verhandelt.

Im Netzwerk gibt es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für kirchliche Akteure, sich zum Thema zu vernetzen, zum Beispiel auf dem jährlichen Netzwerktreffen oder auch in monatlichen Online-Gesprächen, zu denen wir ein bis zweimal im Monat Mitglieder und Interessierte einladen. Oder auch bei der Vernetzung und Aktionen zur Bundestagswahl

2021: Mehr als 90 kirchliche Organisationen haben beispielsweise anlässlich des Ökumenischen Kirchentags im Mai 2021 die Politikerinnen und Politiker auf Bundes- und Landesebene aufgefordert, Klimaschutz zum Maßstab ihres Handelns in allen Sektoren zu machen. Der Aufruf hat auch die Unterstützung der Kirchen für mehr globale Klimagerechtigkeit sowie die Entschlossenheit, selbst einen wichtigen Beitrag zu leisten, unterstrichen.

Auf einem Netzwerktreffen des ÖNK wurde Churches for Future initiiert. Es ist eine Möglichkeit, dass Kirchen der Klimakrise nicht ohnmächtig gegenüberstehen, sondern gemeinsam für eine (klima)gerechtere Welt eintreten. So entstand beispielsweise zur Mobilisierung zum globalen Klimastreik im September 2020 eine Collage zum Thema „Kirchen weltweit für Klimagerechtigkeit - es ist fünf vor zwölf!“ Dafür wurden symbolhaft weltweit Aufnahmen von Kirchtürmen gesammelt, deren Kirchturmuhren auf fünf vor zwölf Uhr stehen.

Besonders in der „For Future“-Bewegung hat sich gezeigt, dass die kirchliche Perspektive mit der „Ethik des Genug“ und dem Konzept des „Guten Lebens für Alle“ die aktuellen Debatten als Zukunftsvision bereichern kann. Kirchen können hierbei glaubhaft Position beziehen, da sie in den Bereichen der Eine-Welt Missionsarbeit und im Umweltschutz schon seit Jahrzehnten wirken und aktiv sind.

*Astrid Hake
Monika Maria Schell*

Informationen

www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de



Klimaschutz in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Gemeinsamer Kraftakt auf allen Ebenen



Ob in der Landeskirche, den Kirchenkreisen oder vor Ort in den Kirchengemeinden: In Sachen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit kommt derzeit so mancher Stein ins Rollen. Es geht um handfeste Veränderungen im Kleinen und um strategische Überlegungen für einen grundsätzlichen Wandel. Um ein „Weiter-So“ zu durchbrechen, braucht es Engagierte für beide Pfade. Zusammen führen sie zum gemeinsamen Ziel: Klimaneutralität bis 2040!

Indem die landeskirchliche Klimaschutzstelle wiederbesetzt werden konnte und ein externes Gutachten zur Treibhausgasbilanz und notwendigen Maßnahmenpaketen erstellt wurde, gelang es 2020, die Grundsteine für einen Kurswechsel im westfälischen Klimaschutz zu legen. Dem Gutachten folgte ein breit angelegter Dialog auf allen Ebenen der Landeskirche, welcher bis heute fortgeführt wird. Dabei wurde das interne Netzwerk von verantwortlichen und interessierten Klimanetzwerkerinnen und -netzwerkern kontinuierlich ausgebaut. So wurde unter der Leitung von Landeskirchenrat Dr. Jan-Dirk Döhling der Runde Tisch Klima-

schutz etabliert. In einer kleineren Arbeitsgruppe entwickeln Vertreterinnen und Vertretern des Instituts für Kirche und Gesellschaft gemeinsam mit Verantwortlichen des Landeskirchenamtes einen Vorschlag für die Herbstsynode, wie neue Verbindlichkeiten in der Evangelischen Kirche von Westfalen praktisch umgesetzt werden können.

Auch auf Kirchenkreis-Ebene bewegt sich derzeit einiges: Das etablierte Gremium der Konferenz der Umweltbeauftragten vereint erstmalig Synodalbeauftragte aus 25 Kirchenkreisen und bildet damit ein engmaschiges Netz zwischen den westfälischen Kirchenkreisen und der landeskirchlichen Ebene. Als erster Kirchenkreis hat Soest-Arnsberg in seiner Synode ein eigenes Klimaschutzkonzept verabschiedet. In Gütersloh wurde ein Runder Tisch Klimaschutz unter Mitwirkung des Superintendenten gegründet. Erste Kirchenkreise sondieren die Möglichkeit, eigene Klimaschutzmanagerinnen und -manager einzustellen.

All diese Anstrengungen wären nur wenig wert, wenn es keinen

so großen Rückhalt in den Kirchengemeinden und den kirchlichen Einrichtungen gäbe. In der Gebäudesanierung, der Mobilität, der kirchlichen Beschaffung und auf Kirchenland werden enorme Anstrengungen unternommen, Veränderungen anzustoßen. So ist, neben zahlreichen individuellen Initiativen, Anfang des Jahres ein neuer Lehrgang des Grünen Hahns gestartet, an dem acht Kirchengemeinden und drei kirchliche Tagungsstätten teilnehmen; auch das Landeskirchenamt führt ein Umweltmanagementsystem ein. Eine große Beteiligung gab es ebenfalls bei landes- und bundesweiten Mitmach-Aktionen, wie dem Schöpfungspreis, dem Fotowettbewerb KIRCHE+KLIMA der EKvW und der diesjährigen Fastenaktion für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit.

Bei all den bitteren Wahrheiten zum Stand des Klimaschutzes global und lokal, bei all der berechtigten Skepsis über den Berg an Aufgaben und Zielen schadet es nicht, gleichzeitig die Veränderungen wahrzunehmen, die um uns herum geschehen. Es liegt an uns, die Veränderungen aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Es ist höchste Zeit.

Simone Hüttenberend
Institut für Kirche und
Gesellschaft der EKvW
Klimaschutzmanagerin

Informationen
www.kircheundklima.de

Paradigmenwechsel

Klimaschutzurteil verpflichtet auch das Bistum Münster

Strom vom Kirchendach – diesen Wunschtraum haben viele Kirchengemeinden. Doch allzu oft stehen den Photovoltaikmodulen auf kirchlichen Gebäuden Fragen des Denkmalschutzes sowie der Träger- und Abrechnungsstruktur und der Wirtschaftlichkeit im Weg. Die Katharinenschwestern in Münster haben diese Fragen vor mehr als zehn Jahren für sich lösen können. Seit 2010 nutzen sie ein Drittel des auf den eigenen Dächern erzeugten Stroms für den Eigenbedarf, der Rest geht ins Netz. Nichts spricht dagegen, dass diese Pilotanlage auf möglichst viele Kirchendächer, die in der Regel eine optimale Ausrichtung haben, ausgedehnt werden kann.

Die ersten Bistümer haben bereits im Jahre 2014 Klimaschutzkonzepte erstellt und Maßnahmen umgesetzt. Damit verbunden sind auch Förderrichtlinien für kirchliche Neu- und Umbauten. Damit wird der Umwelt- und Klimaschutz zu einem Kerngeschäft. Was das Bischöfliche Generalvikariat erst noch erreichen möchte, haben viele Kirchengemeinden, Kitas und Einrichtungen in der Fläche des Bistums schon geschafft. Unter dem Motto „Zukunft einkaufen – glaubwürdig wirtschaften im Bistum Münster“ haben sie sich zu einer ökologischen und fairen Wirtschaftsweise verpflichtet. Die Beratung und Aufsicht dieses dreistufigen Programms führt das Referat Schöpfungsbewahrung in der Fachstelle Weltkirche des Bischöflichen Generalvikariats durch.

Nach drei Jahren ist eine Rezertifizierung notwendig, das bringt die Fachleute miteinander in das Gespräch. Das Ziel der Bemühungen ist klar: Der Energieverbrauch soll kurzfristig, mittelfristig und langfristig reduziert werden. Damit sind CO₂-Einsparungen verbunden. In Einrichtungen ist zu beobachten, dass allein durch das veränderte Nutzungsverhalten mehr als 15 Prozent der Energiekosten/Mengen eingespart werden können durch Einsparpotentiale und eine Steigerung der Energieeffizienz.

Für einen bistumsweiten Energiekonsens bedeutet dies folgende beispielhafte Maßnahmen:

1. Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie
2. Konsequenter Austausch von Ölheizungen und alten Heizungsanlagen
3. Durchführung von Dämmmaßnahmen
4. Heizungsoptimierung und die Durchführung des hydraulischen Abgleichs
5. Umstellung auf umwelt- und klimafreundliche Dienstfahrzeuge

Dass sich die Maßnahme wirtschaftlich lohnt, steht völlig außer Frage. Hubertus Bardt, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft, sagte mit Blick auf das neue Klimaschutzgesetz dazu im Handelsblatt „Die Botschaft ist klar: Jetzt hat man fünf Jahre Zeit, um in effiziente Heizungen, isolierte Gebäude und sparsame Autos zu investieren. In dem Zeitraum wird über Fördermaßnahmen geholfen, gleichzeitig werden Belastungsspitzen für Pendler reduziert. Für alle, die bis dahin nicht in Effizienz investieren, wird es teuer.“

Die Katharinenschwestern aus Münster sind zufrieden darüber, zu den Photovoltaik-Pionierinnen zu gehören. „Wir haben es einfach gemacht und sind froh, nicht nur für uns, sondern auch noch für andere Ökostrom zu liefern“, strahlt Schwester Amanda. Dass es sich zudem rechnet, kommt obendrauf. „Das ist für mich auch eine Form von Apostolat, eine Form durch Wort und Tat Zeugnis für Christus zu geben“, sagt sie. „Was wir für die uns geschenkte Schöpfung tun können, das müssen wir tun!“

Karola Wiedemann
Thomas Kamp-Deister

Informationen

www.bistum-muenster.de/zukunft_einkaufen/die_photovoltaik_pionierinnen/

Christians for Future überreichen 12-Punkte-Programm

Gespräche mit Kirchenleitungen sind geplant



Die Christians for Future (C4F) – Christinnen und Christen unterschiedlicher Konfessionen – sind ein Teil der For-Future-Bewegung, die sich weltweit für Klimagerechtigkeit einsetzt. In ihrer aktuellen Kampagne wenden sich die C4F an ihre Kirchen und fordern von ihnen schnelles und konsequentes Handeln in der Klimakrise. Auch wenn in vielen Gemeinden, Bistümern und Landeskirchen bereits seit vielen Jahren wertvolle Umweltprojekte und Initiativen laufen, sind die Aktivisten der C4F nicht zufrieden: „Die Zeit ist zu knapp, um weiterzumachen wie bisher“, betonen sie. „Wir wertschätzen die Arbeit, die bislang geleistet wurde, aber wir wünschen uns ein ganz neues Level beim Engagement der Kirchen für Klimagerechtigkeit.“

In einem Zwölf-Punkte-Programm wurden daher konkrete Forderungen ausgearbeitet, zu denen unter anderem die Forderung an die Kirchen gehört, verantwortungsvoll mit den eigenen Gütern umzugehen. Das bedeutet, bis 2030 klimaneutral zu werden und aktives Divestment zu betreiben, also nicht mehr in

Unternehmen zu investieren, die mit Kohle, Öl und Gas Umsatz machen. Zentral für das Lösen der Klimakrise ist struktureller Wandel. Daher fordert Christians for Future, dass sich die Kirchen deutlicher in politische Diskussionen einmischen. „Uns geht es dabei nicht um Parteipolitik, sondern um die wichtige gesellschaftliche Diskussion, wie wir die ökologisch-soziale Transformation gestalten, die vor allem in der Politik geführt wird und bei der auch die Kirchen viel beizutragen haben“, betonen die Aktivisten. „Die Kirchen haben eine wichtige Rolle als Stimme all derer, die wenig Macht haben: Die Klimakrise betrifft besonders die Ärmsten, die heute schon benachteiligt werden. Gerade denen müssen die Kirchen ihre Stimme geben. Wir sind der Meinung, dass die Kirchen hier ihre Rolle als moralische Instanz wahrnehmen müssen.“ Weiterhin fordern die C4F, dass Klimagerechtigkeit auch in der Gemeindegarbeit selbst zum ständigen Thema wird.

Am 16. September 2021 wurden diese Forderungen Vertreterinnen und Vertretern der Kirchenleitungen im ganzen Bundesgebiet – etwa Berlin, Hamburg, München, Hannover und Freiburg übergeben.

Freilich darf es nicht nur bei der Übergabe der Forderungen bleiben. „Wir wollen nicht, dass unsere Initiative als PR-Eintagsfliege verpufft“, betont C4F. „Wir werden in den nächsten Monaten viele tiefgehende Gespräche mit den Kirchenleitungen führen, um unsere Forderungen zu verdeutlichen. Wir werden sie auch darüber hinaus weiter begleiten. Die Umsetzung dieser Forderungen ist eine große Aufgabe, zu der wir mit voller Kraft auf vielfältige Weise beitragen werden. Wir hoffen, dass sich auch noch weitere Menschen uns anschließen, um dabei zu helfen. An Klimagerechtigkeit kommt keine Christin und kein Christ mehr vorbei!“

Zahlreiche namhafte Persönlichkeiten aus den Kirchen, wie etwa Bischöfin a.D. Bärbel Wartenberg-Potter, Prof. Markus Vogt, Walter Lesch sowie Sr. Dr. Katharina Ganz konnten die C4F bereits von ihren Forderungen überzeugen. Sie unterstützen die Kampagne und haben mitunterzeichnet.

Aenne Barnard

Aufbruch für eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft

Bundestagswahl entscheidet über eine sozial-ökologische Wende



Die dramatischen Folgen der Erderwärmung führen uns immer deutlicher vor Augen, dass die Klimakrise auch eine soziale Krise ist. Häufigere, intensivere Extremwetterereignisse sowie der kontinuierliche Anstieg des Meeresspiegels stellen ein ernsthaftes Risiko für Mensch und Natur weltweit dar. In vielen Ländern des Globalen Südens treffen Hitzeperioden, Dürren oder Überschwemmungen die Existenzgrundlagen der schwächsten und verletzlichsten Menschen. Meist sind gerade die Menschen betroffen, die kaum oder nur sehr wenig zur Erderwärmung beigetragen haben. Aber auch die Industrieländer des Nordens sehen sich unmittelbar und in immer stärkerem Ausmaße mit der Klimakrise konfrontiert. Entfesselte Waldbrände, mehrjährige Dürreperioden und unerwartete Flutkatastrophen sind mit ihrer Zerstörungskraft eine existenzielle Bedrohung für das Leben, die Gesundheit und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen.

Die Begrenzung der Erderwärmung ist der Schlüssel zu ökologischer und sozialer Stabilität sowie zu einer globalen Klimagerechtigkeit. Daher muss die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 und die darin gefassten Beschlüsse zur Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zur zentralen gesellschaftlichen Aufga-

be werden. Hierfür braucht es eine effektive und verbindliche Klimapolitik, die sich nicht einseitig an ökologischen Fragen orientiert, sondern soziale Ungleichheiten und Beschäftigungsperspektiven gleichermaßen berücksichtigt. Soziale und ökologische Ziele dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt oder ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen mit dem Hinweis auf bestehende sozialpolitische Versäumnisse unterlassen werden. So ausgestaltet bietet Klimapolitik die Chance, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten, Armut zu bekämpfen, eine resiliente und ressourcenschonende Wirtschaft aufzubauen und damit mehr Lebensqualität für alle zu schaffen.

Dass dies gelingt, hängt entscheidend von der kommenden Bundestagswahl ab. Es braucht eine Bundesregierung, die entschlossen den ordnungspolitischen Rahmen für eine sozial-ökologische Wende setzt, sich nicht scheut, in eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft zu investieren, die Energiewende mutig vorantreibt und ihrer globalen Verantwortung gerecht wird.

Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis setzt sich die Klima-Allianz Deutschland genau dafür ein. Gemeinsam mit Umweltverbänden, Jugendorganisationen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und vielen weiteren Initiativen zeigen wir, dass Klimaschutz ein Anliegen aus der Mitte der Gesellschaft ist und dass ambitionierter Klimaschutz die Chance für einen Aufbruch in eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft darstellt.

Daniel Eggstein
Klima-Allianz Deutschland
Referent Klimapolitik und
soziale Gerechtigkeit

Informationen
www.klima-allianz.de

Geht doch!

Der Klimapilgerweg 2021 auf dem Weg zur Weltklimakonferenz

Am 14. August 2021 ist der 5. Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit im polnischen Zielona Góra unter dem Titel „Geht doch! Ökumenischer Pilgerweg für Klimagerechtigkeit“ gestartet. Schwerpunktthemen sind in diesem Jahr die Mobilitätswende und die Agrar- und Ernährungswende.

Der Klimapilgerweg 2021 verbindet die Weltklimakonferenz 2018 im polnischen Katowice mit der diesjährigen Weltklimakonferenz im schottischen Glasgow. Die Klimapilgernden ziehen auf ihrem Weg von Polen durch Deutschland, die Niederlande und England nach Schottland durch Detmold – Bielefeld – Münster – Enschede – Amersfoort – IJmuiden – Newcastle-upon-Tyne – Edinburgh. Am 29. Oktober 2021 erreichen sie nach 77 Etappen und 1.450 Kilometern Glasgow.

Sie setzen dabei ein starkes Signal für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. Denn die drohende Klimakatastrophe fordert die Weltgemeinschaft heraus. Nur im weltweiten und internationalen Zusammenwirken lässt sie sich noch verhindern. Klimagerechtigkeit wird und muss dabei eine zentrale Rolle spielen. Die Umweltenzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus zeigt eindrucksvoll, wie die soziale und die ökologische Frage zusammenhängen und dass sie zusammen zu betrachten und zu lösen sind. Die beiden großen Kirchen und deren Hilfswerke können mit ihren weltumspannenden Netzwerken und den vielen engagierten Menschen maßgeblich dazu beitragen.

Vor diesem Hintergrund wurde mit der Weltklimakonferenz in Paris 2015 der erste Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit ins Leben gerufen. 2021 findet er zum fünften Mal statt. Etwa 20 Dauerpilgernde aus ganz Deutschland laufen alle 1.450 Kilometer des Wegs. Ihnen schließen sich auf Teiletappen Einzelpersonen, Schulklassen und andere Gruppen an.

So sind alle herzlich eingeladen, allein oder mit einer Gruppe mitzupilgern. Anmeldungen für mehrere Tage, für einzelne Tagetappen oder auch nur für ein kleines Wegstück werden gerne noch angenommen. Die vor Ort jeweils gültigen Corona-Schutzmaßnahmen werden selbstverständlich beachtet.

Der 5. Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit ist ein überregionales Projekt kirchlicher Hilfswerke (Brot für die Welt, Misereor, Missio, Renovabis, Adveniat, Kindermissionswerk ‚Die Sternsinger‘), katholischer Bistümer und evangelischer Landeskirchen in Deutschland. Er führt an Orten vorbei, an denen die Gefährdung der Umwelt deutlich zutage tritt, aber auch an Orten, die Lösungen für nachhaltige Entwicklung zeigen. Vor Ort und in den Gemeinden am Weg werden Begegnungen und thematische Veranstaltungen und Aktionen organisiert. So wird sich beispielsweise in Harsewinkel die Firma Claas den Fragen der Klimaaktivisten stellen. In Telgte werden die Pilger zusammen mit dem Bürgermeister einen Baum pflanzen. In Münster werden sie sich an Aktionen von Fridays for Future beteiligen und sich mit Umweltbischof Rolf Lohmann austauschen. Und vor den Toren von Urenco in Gronau ist ein Treffen mit der dortigen Bürgerinitiative gegen die Urananreicherungsanlage geplant.

Karola Wiedemann

5. Ökumenischer Pilgerweg
für Klimagerechtigkeit
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Anmeldung und mehr Informationen

www.klimapilgern.de

bei Facebook, Instagram und auf dem YouTube-Kanal „Geht doch! – Klimapilgern“.

Klimapilgerweg 2021: Vorreiter und Mittler in der Agrar- und Ernährungswende

Umstieg auf eine lokal und global nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung



20

Die Klimapilgernden nehmen auf dem diesjährigen Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit zur Weltklimakonferenz in Glasgow neben der Mobilität besonders die Landwirtschaft in den Blick, der ein erheblicher Einfluss auf den Klimawandel zugerechnet wird. Das bedeutet, dass hier viel gegen den Klimawandel getan werden kann. Dies hilft zum einen, für nachfolgende Generationen die Existenzgrundlage auf den Höfen zu sichern, da die mit der Natur wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern materiell von Extremwetterlagen oder fehlenden Insekten unmittelbar bedroht sind. Zum anderen rückt die Agrar- und Ernährungswende damit aber auch als gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe in den Mittelpunkt eines wirksamen und sozial gerechten Klimaschutzes.

So haben sich die Klimapilgernden im Vorfeld mit der Situation der Bauern und Bäuerinnen auseinandergesetzt und Hand-

lungsmaximen für eine klimafreundlichere Landwirtschaft entwickelt – für die Kirchen als Vorreiter, für Politik und Gesellschaft, die letztlich die Rahmenbedingungen setzen, und für jede Einzelne und jeden Einzelnen in der persönlichen Verantwortung.

Über allen Handlungsmaximen steht, dass angesichts der regionalen und weltweiten Verflechtungen das 1,5-Grad-Ziel nur durch Umsteuern hin zu einer lokal und global nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung erreichbar ist.

Kirche als Vorreiter

Dabei kann die Kirche eine zentrale Vorreiter- und Mittlerrolle einnehmen. Sie kann beispielsweise als Verpächterin Pachtverträge transparent und nach ökosozialen Kriterien vergeben. Etwa zwei Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen sind in Kirchenbesitz. Sie kann zudem bei ihren Banken industrielle Tierhaltung ausschlie-

ßen, in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen ökologisch, regional, saisonal und fair gehandelt einkaufen, weniger Fleisch anbieten und Bildung zur globalen Auswirkung der Lebensmittelproduktion anbieten.

Rahmenbedingungen aus Politik und Gesellschaft

Politik und Gesellschaft können Ziele definieren und entsprechende Rahmenbedingungen verankern. Sie können in der Agrarpolitik umsteuern zu einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft, die hauptsächlich die heimische Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln ernährt, dabei ökologische Leistungen erbringt und dafür auch im Sinne eines sozial gerechten Klimaschutzes fair bezahlt wird.

Politik und Gesellschaft können unsere Landwirtschaft auf den regionalen, nationalen und europäischen Markt und auf eine flächengebundene Tierhaltung umorientieren und beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen ablehnen. Denn globale Lieferketten sind nicht stabil und die Abkehr von der Exportorientierung würde mehr als die Hälfte der durch die Landwirtschaft verursachten externen Kosten (Subventionen, Folgen für Klima, Natur und Umwelt etc.) sparen. Zudem wären damit das Gülleproblem gelöst und Futtermittel aus Übersee überflüssig. Die Bevölkerung in Lateinamerika könnte die Flächen für die eigene Ernährung nutzen und so auch den Hunger bekämpfen.

Politik kann zudem bei uns und weltweit Kleinbäuerinnen und -bauern den Zugang zu Bildung, Land, Wasser, standortangepasstem samenfestem Saatgut und Krediten erleichtern. Denn die weltweit 525 Millionen kleinbäuerlichen Familienbetriebe erzeugen rund 65 Prozent der Nahrungsmittel und sichern damit zu einem großen Teil die Ernährung der Menschheit.

Bei uns ist die Politik beispielsweise gefordert, Weideschlachtung zu erleichtern, Nutztiertransporte über 100 Kilometer zu unterbinden, Tierwohllabel zu verbessern und mindestens 20 Prozent ökologische Landwirtschaft bis 2030 anzusteuern.



Jeder und jede kann beitragen

Alle haben bei ihrer Ernährung die Möglichkeit, das Klima zu schützen. Jeder und jede Einzelne kann wenig Fleisch essen – maximal 40 bis 85 g/Person/Tag laut Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. – und am besten nur aus artgerechter Tierhaltung und nicht nur Schnitzel und Co.. Denn auch die Verwertung des ganzen Tieres bei uns kann den globalen Handel mit tierischen Produkten reduzieren.

Auch Lebensmittel zu retten und Foodsharing zu unterstützen, ist Klimaschutz. Ebenso hilft es, immer mehr biologische, regionale und fair gehandelte Lebensmittel zu kaufen.

Diese Handlungsmaxime hin zu einer lokal und global nachhaltigen Landwirtschaft tragen die Klimapilgernden auf Schusters Rappen quer durch Europa zu den Menschen und zur Weltklimakonferenz in Glasgow.

Karola Wiedemann
5. Ökumenischer Pilgerweg
für Klimagerechtigkeit
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit



Inlandsflüge nur für Insekten

Einführung in eine notwendige Mobilitätswende

Der Sektor der Mobilität spielt eine maßgebliche Rolle, wenn es um das Erreichen der Klimaschutzziele geht. Das 1,5 Grad-Ziel kann nur erreicht werden, wenn sich ein Wandel mithilfe klimafreundlicherer Verkehrsmittel oder einer Reduzierung des allgemeinen Verkehrsaufkommens vollzieht.

Die Maxime der Mobilitätswende muss in zwei Sichtweisen aufgeteilt werden: zum einen die Mobilitätswende in Städten und Ballungsräumen und zum anderen die Mobilitätswende im ländlichen Raum. Für Städte bedeutet dies, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen. Der ÖPNV muss für Individuen attraktiver gestaltet werden. Das heißt, eine häufigere Taktung der Abfahrten, eine höhere Zuverlässigkeit sowie günstigere Tarife sind zu ermöglichen. Neben dem Ausbau des ÖPNV sollten in Städten mehr und vor allem sichere Wege für Fahrradfahrer und für Fußgänger geschaffen werden.

Im ländlichen Raum muss eine individuelle Mobilität zunächst nicht ausgeschlossen werden. Hier gilt es, die E-Mobilität weiterhin auszubauen. Dabei spielt die Energiewende auch eine wesentliche Rolle. Gleichzeitig müssen Steuervorteile für Diesel und Dienst-

wagen sowie die Pendlerpauschale abgeschafft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Besonders Kirchen im ländlichen Raum können einen wesentlichen Teil zu diesem Wandel beitragen, indem sie die Nutzung von E-Autos unterstützen und PV-Anlagen auf ihren Kirchendächern anbringen.

Um einen allgemeinen Wandel herbeizuführen, sollte der Personen- und Güterverkehr seinen Fokus auf die Schienennutzung legen und massive Investitionen für eine bessere allgemeine Infrastruktur tätigen. Für den Flugverkehr gilt es im Sinne der Nachhaltigkeit, klimaschädliche Subventionen abzubauen und den strombasierten Kraftstoff weiterhin auszubauen. Im Grunde gilt „Inlandsflüge nur für Insekten“! Inländische Reisen sollten dementsprechend vorzugsweise mit der Bahn getätigt werden. Unabhängige Flüge sollten im Gegenzug durch Spenden für Umweltprojekte oder Umweltforschung kompensiert werden.

Joana Pires Heise

5. Ökumenischer Pilgerweg
für Klimagerechtigkeit
Referentin für die Öffentlichkeitsarbeit

Klimawandel und Klimagerechtigkeit

Klimaschutz fördern mit der Klima-Kollekte

Aktuell verursachen zehn Länder rund 67 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Deutschland nimmt, was die absolute Menge an CO₂-Ausstoß angeht, weltweit Platz sechs ein. Sprechen wir über Klimagerechtigkeit, dann sind insbesondere diese zehn Länder in der Verantwortung, ihren CO₂-Fußabdruck zu verkleinern. Gemäß dem Verursacher-Prinzip stehen jene, die am meisten Emissionen verursachen, für die ein, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden.

Doch nicht alle Aktivitäten, die mit dem Ausstoß von Treibhausgasen verbunden sind, können vollständig eingestellt werden. Nach dem Vermeiden und Reduzieren von Treibhausgasemissionen ist das Kompensieren ein handhabbarer Weg, zum Schutz des Klimas beizutragen.

Hier setzt das Angebot der Klima-Kollekte an: Über den kirchlichen Kompensationsfonds können Interessierte die unvermeidbar anfallenden Emissionen von Treibhausgasen ausgleichen.

Zehn Jahre Einsatz für Klimaschutz und Armutsreduzierung

Die im Jahr 2011 gegründete Klima-Kollekte unterstützt kirchliche und nicht-kirchliche Institutionen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Privatpersonen dabei, klimafreundlich zu handeln und so die Schöpfung zu bewahren.

Konkret heißt das: Verbleibende Emissionen können über Klimaschutzprojekte der Klima-Kollekte im Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienz ausgeglichen werden. Dabei sind Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit in den Projekten untrennbar miteinander verbunden, denn die Projekte bauen dörfliche Strukturen in ländlichen Gebieten des globalen Südens auf, stärken Frauen als Klein-Unternehmerinnen in der Dorfgemeinschaft, fördern die Gesundheit, sparen Energie und Zeit und unterstützen Partnerorganisationen beim Aufbau von so-



zialen Unternehmen, die zur finanziellen Eigenständigkeit beitragen.

Der Ausgleich unvermeidbarer Emissionen erfolgt beispielsweise über ein Projekt der indischen Partnerorganisation ADATS. Innerhalb des nach Gold Standard und nach Fair Trade Prinzipien zertifizierten Projekts baute ADATS zusammen mit einer lokalen Frauenorganisation 18.000 Biogasanlagen in der Größe von rund 2 m³ für die Familien im ländlichen Raum. Dadurch konnten von 2016 bis 2020 mehr als 300.000 Tonnen CO₂ eingespargt werden.

Das Kerngeschäft der Klima-Kollekte besteht in der Förderung von Klimaschutzprojekten in Ländern des globalen Südens mit Hilfe der Beiträge zur CO₂-Kompensation. Zusätzlich hat die Klima-Kollekte zwei Schwerpunkte ausgebaut: Bildung für Klimagerechtigkeit und Beratung zur Vermeidung und Reduktion von CO₂-Emissionen.

Vera Bünte
Klima-Kollekte



Fast Fashion verschmutzt die Umwelt und heizt den Klimawandel an Jugendprojekt „Exit Fast Fashion“ sucht nach Auswegen und Handlungsmöglichkeiten



Kaufen – Tragen – Wegschmeißen. Möglichst schnell und extrem billig. So funktioniert das System Fast Fashion. Unter enormem Zeit-, Preis- und Qualitätsdruck werden bis zu 24 neue Kollektionen pro Jahr produziert. Doch Müll- und Altkleiderberge wachsen, kostbares Wasser wird verschmutzt und ist nicht mehr trinkbar, (Mikro-)Plastikmüll gelangt ins Meer und Menschen werden ausgebeutet. Besonders die Herstellung der enormen Mengen an Textilien, aber auch das Waschen und Trocknen der Kleidung ist sehr energieaufwändig. Da dafür vor allem fossile Energien wie Erdöl und Kohle verwendet werden, ist die Modebranche einer der größten Klimasünder. So werden ihr acht bis zehn Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen zugeschrieben, mehr als der gesamte weltweite Schiffs- und Flugverkehr zusammen verursacht.¹

Das Jugendprojekt „Exit Fast Fashion“ lädt ein, aktiv zu werden – zu Hause, in der Gemeinde, in der Öffentlichkeit. Dafür gibt es zahlreiche Aktionsideen, beispielsweise den Kleiderschrank-Check, die Installation eines „Kleiderberges“, die Fashion for Future-Challenge, einen Jugendgottesdienst. Auch das kostenlose Online Escape Game „Die letzte Chance“ kann der Einstieg in das Thema sein. Wer lieber analog rätseln will, kann das Escape Game im Koffer ausleihen „Der geheime Auftrag“.

Gruppen, die für einen Exit Fast Fashion aktiv werden möchten, werden mit Vorträgen, Beratung und Workshops unterstützt.

Miriam Albrecht
Amt für MÖWe



¹Niinimäki et al. : The environmental price of fast fashion, Nature Reviews Earth & Environment, 2020, S. 189-200

Ausstellungen thematisieren globale Kleidungsproduktion und Ressourcenfrage

Kimawandel, Kleidung und Konsum



Durchschnittlich 60 neue Kleidungsstücke kauft jede und jeder von uns pro Jahr. Viele Klamotten werden nur kurz getragen und landen danach im Müll.

Jedes Kleidungsstück, das wir tragen, jede Bettwäsche, in die wir uns einkuscheln, verbraucht Ressourcen: Energie, Rohstoffe, Wasser und Arbeitskraft. Die Rohstoffe für unsere Kleidung werden größtenteils aus Baumwolle und Erdöl gewonnen. Baumwolle wird angebaut, geerntet, versponnen und gewebt. Das Erdöl ist die Basis, aus der Polyester entsteht.

Erdöl als Klimawandeltreiber

70 Prozent aller Klamotten bestehen mittlerweile aus Chemiefasern, Tendenz steigend. Auch der Großteil der Textilien im Sport wird aus synthetischen Fasern hergestellt. Diese basieren auf Erdöl, das in Ländern wie Saudi-Arabien, Nigeria, Venezuela, Russland und den USA gefördert wird.

Seit Jahrzehnten fließt Geld aus der Erdölförderung in die Staatskassen und an die multinationalen Ölfirmen. Aber bei den Menschen vor Ort kommt nichts an. Im Gegenteil: Durch die Ölförderung werden ihr Land und ihre Flüsse verseucht, denn Öl tritt unkontrolliert aus. Dadurch wird auch das Trinkwasser ungenießbar und immer mehr Menschen erkranken an Krebs.

Was hat unser Kleidungskonsum mit den Arbeitsbedingungen in der globalen Kleidungsproduktion, insbesondere in Ländern des Globalen Südens, zu tun? Dieser Frage geht die brandneue Plakatausstellung „TrikotTausch.#whomademyclothes“ nach. Die Ausstellung besteht aus 27 Plakaten und fünf thematischen Blöcken (Arbeitsbedingungen, Länderbeispiele, Kampagnen für Fair Fashion, Sportartikelproduktion, Handlungsoptionen) und kann im DIN A3- oder

DIN A2-Format entliehen werden.

Auch zu den Klimaproblematiken auf Grund von Umweltverschmutzung und Erdölförderung hat Vamos e.V. eine Wanderausstellung und einen Bildungskoffer erstellt. „PlanetPlastic.Erdöl.Macht.Müll“ informiert und regt Jugendliche und Erwachsene zum Handeln an. Mit sechs Hörgeschichten aus der Zukunft, einem eigens produzierten Kurzfilm von Schülerinnen und Schülern und weiteren Kurzfilmen greift diese Ausstellung in fünf verschiedenen Themenkomplexen das Thema ansprechend auf.

Maïke Grabowski
Vamos e.V.



Global lernen

Weltkarte Klimagerechtigkeit für Konfis und Jugendliche

Das neue interaktive Bildungsmaterial von Brot für die Welt thematisiert Klimagerechtigkeit und lädt zum Perspektivenwechsel ein. Schon die Projektion der Weltkarte fordert zum Umdenken heraus. Die Antarktis liegt im Zentrum, ein Ort auf der Erde, der nicht von Menschen bewohnt ist und damit nichts zum Klimawandel beiträgt, wo aber die Auswirkungen deutlich spürbar sind. Es verdeutlicht, dass es vielen Regionen auf dieser Erde so ergeht. Die Länder des Globalen Südens sind von klimabedingten Schäden besonders betroffen, einerseits wegen ihrer geographischen Lage, andererseits sind die Menschen aufgrund ihrer Armut besonders verwundbar.

Die interaktive Weltkarte zeigt verschiedene Ansätze für Klimagerechtigkeit in Nord und Süd auf. Mit der Karte reisen Kinder, Jugendliche und Erwachsene klimafreundlich und kostenfrei um die ganze Welt und erfahren von Projektpartnern in Bangladesch, Ecuador, Paraguay, Äthiopien und Tuvalu, wie sich der Klimawandel auswirkt und was Menschen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und die Bewahrung der Schöpfung tun. Meeresspiegelanstieg, Versalzung von Grundwasser, Abholzung von Wäldern, Klimamigration und die Auswirkungen von Ernährung und Konsum auf das Klima stellen Menschen weltweit vor Herausforderungen. Wie gehen Menschen im Globalen Süden mit den dortigen Krisen um? Fünf ausgewählte Projekte zeigen eindrücklich Maßnahmen der Klimaanpassung an die auftretenden Klimaveränderungen und den Klimaschutz.

Digitales Lernen mit Actionbound

Die Weltkarte erkunden die Kinder und Jugendlichen mit der App Actionbound. Sie sind zu einer virtuellen Reise in Form eines Lernspiels (Bound) eingeladen. Die App ist für die Nutzerinnen und Nutzer kostenfrei. Zur Nutzung muss die App auf Tablets oder Smartphones heruntergeladen werden. Damit können die QR-Codes von der Weltkarte gescannt werden. Die virtuelle Weltreise kann auch offline statt-

finden, wenn der Download vorher erfolgte. Alle Projektbesuche sind coronabedingt als Einzelbounds angelegt, das heißt, jeder spielt an einem eigenen Gerät. Natürlich kann man dennoch in Gruppen arbeiten, sich gegenseitig bei den Aufgaben unterstützen und die Punkte am Ende zusammenzählen.

Die Weltkarte ermöglicht Lernen auf spielerische Weise. Rätsel, Quizze, Abstimmungen und kreative Aufgaben motivieren Jugendliche und vermitteln die komplexen Inhalte ganz nebenbei. Zu jedem Lernspiel gibt es anregende Arbeitsblätter, die einzelne Aspekte vertiefen, zum Beispiel Informationen zum Land oder zum Projekt, Erfahrungsberichte von Kindern und Jugendlichen und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen Meeresspiegelanstieg, Versalzung von Grundwasser, Abholzung von Wäldern, Klimamigration und den Auswirkungen von Ernährung und Konsum auf das Klima.

Die Arbeitsblätter können unabhängig oder als Ergänzung zu den virtuellen Projektbesuchen zum Einsatz kommen. Durch den modularen Aufbau ist eine Binnendifferenzierung möglich. Das Material eignet sich für den Fachunterricht (besonders Religion, Ethik, Politik, Gesellschaftswissenschaften, Geografie), aber auch in Vertretungsstunden und in der außerschulischen Bildungsarbeit, zum Beispiel in der Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden.

Viele weitere Anregungen zum Thema finden sich auch in der Ausgabe „Global lernen Klimagerechtigkeit“. Bestellung und Download bei Brot für die Welt.

Kornelia Freier
Brot für die Welt
Referentin für Schulpädagogik

Informationen
www.brot-fuer-die-welt.de

Zeichen setzen für den Klimaschutz

Youth Climate Action Day am 23. Oktober in Oberhausen und weltweit

Beim Internationalen Jugendklimaaktionstag engagieren sich seit 2012 junge Menschen in verschiedenen Ländern für den Klimaschutz. Sie zeigen durch konkrete Aktionen Handlungsmöglichkeiten auf, vernetzen sich über Social Media und fordern politische Entscheiderinnen und Entscheider dazu auf, für Klimagerechtigkeit einzutreten. Im letzten Jahr fanden trotz Corona-Pandemie zahlreiche Aktionen in elf Ländern statt: In Indonesien zum Beispiel gab es Seminare, Fahrraddemos, Müllsammelaktionen und es wurden, so wie gleichzeitig in Rumänien, Bäume gepflanzt. In Indien beteiligten sich über 120 Schülerinnen und Schüler einer Highschool an Pflanzaktionen in ihrem Umfeld. In Großbritannien bemalten Aktive in den Innenstädten Plakate und hängten sie danach aus ihren Fenstern. „Der Youth Climate Action Day war wieder ein interessanter Aktionstag, der Schülerinnen und Schüler befähigt hat, ihre Talente einzusetzen, und der gleichzeitig ihr Bewusstsein für den Umweltschutz geschärft hat“, berichtete Elie Leuwe von der Evangelischen Kirche in Kamerun, wo Grundschülerinnen und Grundschüler sich über Klimaschutz informiert und an einem Malwettbewerb teilgenommen hatten.

Junge Menschen können auch in diesem Jahr auf vielfältige Weise mitmachen: Indem sie selbst eine Aktion starten – am besten zusammen mit anderen – und diese unter #climateactionday posten. Zusätzlich lädt das Aktionsteam zu einem Aktionstag am 23. Oktober 2021 in Oberhausen ein; mit Workshops und Austauschmöglichkeiten mit engagierten Menschen. Wer es nicht nach Oberhausen schafft, kann an einigen Workshops auch online teilnehmen. Ein roter Faden des Aktionstages ist Klimagerechtigkeit. Mobilität ist ein weiteres Schwerpunktthema der Workshops. Anders als in anderen Bereichen, ist der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor seit 1990 nicht gesunken. Die Verantwortung, dies zu ändern, liegt bei uns, aber auch bei Politikerinnen und Politikern, die jetzt Entscheidungen für den Klimaschutz treffen müssen. Denn was Nachhaltigkeit und Klimaschutz betrifft, brauchen wir weltweiten Fortschritt.

Johanna Schäfer
Amt für MÖWe der EKvW



Informationen

www.climateactionday.org

www.facebook.com/climateactionday

#climateactionday

Klimawandel und Klimagerechtigkeit

Bildungsangebote für alle Altersstufen

Ob Workshop für Jugendliche oder Projekttag im Kindergarten – das Programm „Bildung trifft Entwicklung“ des Eine Welt Netz NRW bietet vielfältige Bildungsangebote rund um das Thema Klima für alle Schulformen, Kindergärten und außerschulische Institutionen.

Die Referentinnen und Referenten machen mit altersgerechten interaktiven Methoden globale Zusammenhänge konkret erlebbar und erarbeiten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern praktische Handlungsmöglichkeiten für den eigenen Beitrag zu einer gerechteren Welt und einer nachhaltigen Entwicklung. Dies geht teils auch in Form von digitalen Veranstaltungen, wenn Präsenzveranstaltungen nicht möglich sind.

Eine Besonderheit ist das Eine Welt Mobil. Mit diesem Kleintransporter voller Bildungsmaterialien werden in Schulen und Kindergärten Projekt-tage zu Klima und anderen Themen des Globalen Lernens durchgeführt. Bei schönem Wetter kann dies auch draußen durchgeführt werden.

Kontakt

lina.dybowski@eine-welt-netz-nrw.de

Fon 0251 28 46 69 25

laura.hebling@eine-welt-netz-nrw.de

Fon 0251 28 46 69 28

Informationen

www.eine-welt-netz-nrw.de/bildung_trifft_entwicklung/



**Bildung trifft
Entwicklung**

Regionale Bildungsstelle
Nordrhein-Westfalen

Fair handeln – Klimagerecht handeln?

Fair-Trade in Zeiten des Klimawandels



Der Klimawandel trifft alle Menschen – aber manche früher und härter. Der Faire Handel versucht seit Jahrzehnten, dieser „Maschinerie der Hoffnungslosigkeit“ (David Graeber) eine humanere Alternative entgegenzusetzen. Der Klimawandel stellt auch und besonders die Fairtrade-Akteure vor neue Herausforderungen. Wie lassen sich Anbaumethoden auf natürliche Art und Weise verbessern? Gibt es bereits Ansätze, besonders gefährdete Orte und ihre Bewohner zu schützen und zu stärken? Wie lassen sich Transport und Verpackung fair gehandelter Waren so verändern, dass sie möglichst wenig klimaschädliche Gase erzeugen – oder gar keine?

Auf einer **Tagung am 4. Oktober 2021** wird diesen und anderen Fragen nachgegangen. Die Tagung findet statt im Rahmen des 10-jährigen Jubiläums der Auszeichnung der Stadt Münster als Fairtrade-Town.

Georg Knipping
Steuerungsgruppe Fair Trade Town
Münster

Informationen
www.franz-hitze-haus.de/info/21-523

Die Orangen-Aktion startet wieder ab November

Neue Informationsmaterialien und Bildungsangebote



Im letzten Jahr haben sich sehr viele Kirchengemeinden, Weltläden, Initiativen, Kommunen, Unternehmen, Schulen und Kitas an der Orangen-Aktion beteiligt. Fast 50 Tonnen öko-fairer Orangen aus Süditalien wurden im Münsterland, Ruhrgebiet, Ostwestfalen, Sauerland und an den Niederrhein verkauft, verteilt, verschenkt ... und damit ein großartiges Zeichen für eine gerechte Wirtschaft gesetzt. Aufgrund der sehr guten Resonanz möchten wir die Orangen-Aktion in der nächsten Erntesaison wieder starten. Bei der Orangen-Aktion werden ökologisch angebaute Orangen von dem Verein SOS Rosarno in Kalabrien importiert – in der letzten Infodienst-Ausgabe haben wir darüber ausführlicher berichtet.



Ab Anfang November wird wieder zu Sammel-Bestellungen aufgerufen. Eine erste Orangen-Lieferung ist um den 1. Dezember geplant. Rund um Nikolaus kann also die Arbeit von SOS Rosarno und von „Mediterranean Hope“ unterstützt werden. Bestell-Zentren für Orangen werden zum Beispiel die Fair Handelsgesellschaft mbH Münster, das Allerwelthaus Hagen, der fairrhein e.V./Weltladen in Kamp-Lintfort, der Weltladen Lippstadt, Eine Welt Zentrum Herne oder der Kirchenkreis Dortmund sein. Zudem gibt es auch an anderen Orten Orangen-Gruppen, die Bestellungen entgegennehmen.

Für die begleitende Informations- und Bildungsarbeit gibt es neue Materialien. Das SÜDWIND-Institut erstellt ein Factsheet zum Thema. Bei den Medienzentralen des Bistums Münsters, der Evangelischen Kirche von Westfalen sowie Evangelischen Kirche im Rheinland kann der Spielfilm „Mediterranea“ für öffentliche Aufführungen online und als DVD ausgeliehen werden. Eine pädagogische Arbeitshilfe zum Film wurde auch erstellt. Der Film erzählt die Geschichte zweier junger Männer aus Burkina Faso, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf den Weg nach Europa machen. Am Ende landen sie nach der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer in den Orangenplantagen Rosarnos. Dort zerschlägt sich ihre Hoffnung.

Katja Breyer
Amt für MÖWe

Informationen

www.eine-welt-gruppen.de

Amt für MÖWe der EKvW

Katja Breyer, Olpe 35

44135 Dortmund

katja.breyer@moewe-westfalen.de

Fon 0231 540973

Ausblick

ADVENIAT-Eröffnung und Jahrestagung

Eröffnung der ADVENIAT- Weihnachtsaktion in Münster

Schon jetzt möchten wir alle Eine Welt-Begeisterten in der Adventszeit einladen, die Adveniat-Eröffnung im Bistum Münster mit uns zu gestalten und zu feiern. Zahlreiche Aktionen sind geplant, wie beispielsweise der Eröffnungsgottesdienst am ersten Adventssonntag um 10 Uhr im St.-Paulus-Dom, ein global-solidarischer Adventsmarkt an der Überwasserkirche, eine Fachtagung am zweiten Adventswochenende im Könzgen-Haus oder die offizielle Auftaktveranstaltung am Freitag, 26. November im Franz Hitze Haus. Weitere Infos zu allen Veranstaltungen, auch in den Regionen, folgen im Newsletter Mitte Oktober.



ÜBERLEBEN

Eröffnung der Adveniat-Weihnachtsaktion im Bistum Münster #ÜberLeben

Jahrestagung der AG Eine Welt Gruppen

Nachdem im letzten Jahr coronabedingt die Jahrestagung nicht stattfinden konnte, laden wir nun wieder herzlich ein: 14. bis 16. Januar 2022, Franz Hitze Haus, Münster. Das Thema der Tagung lautet: „Die Pandemie als Zäsur - Gelingt der Wandel zu einer gerechteren Welt?“. Wir freuen uns auf spannende Referate und Diskussionen und ein Wiedersehen. Das Programm findet sich im beigelegten Flyer sowie unter www.eine-welt-gruppen.de

IMPRESSUM

Der **infodienst** der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Kirche von Westfalen erscheint unregelmäßig. Der Bezug ist kostenlos. Einzelne Artikel können nach Rücksprache mit der Redaktion kostenlos abgedruckt werden. Alle namentlich gekennzeichneten Artikel entsprechen der Meinung der Verfasser.

Redaktion: Judith Wüllhorst (V.i.S.d.P.), Katja Breyer

Layout: Eva Lottta Stein kampanile.de / Druck: Joh. Burlage, Münster

Fotonachweise: Alexander Luna (4), MISEREOR / Foto: Eduardo Sorteras (6,7), Andy Gheorghiu Consulting (8), Grafik Courtesy of SOUL (9), Opmeer Reports für Oikocredit (11), glasseyes view (12), ÖNK (14), Jonathan Petersson (15), Karola Wiedemann (16, 19, 21), Pilgerbasis/Klimapilgerweg 2021 (22), SOS Rosarno (34)

Kontakt: Bischöfliches Generalvikariat Münster, Fachstelle Weltkirche, Rosenstraße 16, 48143 Münster, Fon 0251 495-398, weltkirche@bistum-muenster.de

Das verwendete Papier ist aus 100 % Altpapier hergestellt.





adveniat
für die Menschen
in Lateinamerika

ADVENIAT FOR FUTURE!

Online-Spende: www.adveniat.de/spenden

Der Amazonas-Raum – einer der wichtigsten Speicher für Trinkwasser und CO₂ unserer Erde – ist massiv bedroht. Adveniat setzt sich verstärkt dafür ein, den Lebensraum der indigenen Völker zu schützen und die Rechte der Menschen dort zu verteidigen. Helfen Sie uns dabei!

